

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 23, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481,
Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin, Verl.: Verein Zeitungsverlag GmbH,
Berlin C 23, Kl. Alexanderstr. 28, Postleitz.: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-
Expedition m. b. h., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1
Kneust 1825/26. Schlüpf der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorzugsweise pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl.
Frägerlehr in Berlin u. Dresd. n. eig. Rücksicht. Postbezug ausländ. Bestell-
geld 2,60 M.; Streifband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 1/2seit. Millimeterzeile 35 Pf.; die Seite. Terti-
millimeterzeile 2,50 M. Arbeitsergebnis u. Familienseite: Millimeter; 20 Pf.
Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Überschriften 30 Pf. Arbeitsmarkt: Werbung

**Giftgas aus Berlin für japanische Imperialisten!
Riesenstreikbewegung unter kommunistischer Führung in Polen / Siehe im Blatt**

Wahlrechtsraub an 4,3 Millionen Jungwählern!

Heraussetzung des Wahlalters auf 25 Jahre geplant — Schamlose Enttäuschung der Arbeiterjugend durch die preußischen SPD-Führer — Angst vor dem kommunistischen Jungproletariat — Marschiert am Reichsjugendtag gegen die Wahlrechtsräuber!

Ein toller reaktionärer Anschlag ist gegen die Arbeiterjugend Preußens geplant. Der Altestenrat des Preußischen Landtages hat gestern mittag beschlossen, den Antrag der Wirtschaftspartei für Heraussetzung des Wahlalters auf das 25. Lebensjahr auf die Tagesordnung der morgigen Landtagssitzung zu setzen. 4,3 Millionen Jungwähler würden bei Annahme dieses Antrages ihr Wahlrecht verlustig gehen. Die kommunistischen Vertreter waren die einzigen, die Einspruch erhoben, während die Sozialdemokraten stillschweigend der Behandlung des Antrages zustimmten.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat beschlossen, diesem Attentat auf die Rechte der arbeitenden Jugend den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Da am morgigen Freitag die zweite Lesung des wirtschaftsparteilichen Gesetzentwurfes stattfindet — die erste war vor etwa Jahresfrist —, wollen die reaktionären Parteien im Anschluß gleich die dritte und endgültige Lesung vornehmen. Seitens der kommunistischen Fraktion wird nicht nur namentliche Abstimmung beantragt, sondern auch Einspruch gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhoben werden, die dadurch in dieser Woche unmöglich wird.

Gedankt soll ist die Haltung der Sozialdemokratie, die gegen die Beratung des wirtschaftsparteilichen Antrages keinen Einspruch erhob. Während alle anderen Zeitungen gestern abend bereits ausschließlich zu der Frage Stellung nahmen, schwieg sich der „Vorwärts“ vielfach aus. Inzwischen wird bekannt, daß die Sozialdemokratie durch einen Kompromißantrag das Wahlrecht bis an 24 Jahre heraussetzen will.

*
Was darf die Jugend? Sie darf, nein, sie muß im Betrieb für die Kapitalisten den Mehrwert erzielen helfen. Sie darf, nein, sie muß sich als Kanonenfutter für die Kriege der Imperialisten hergeben. Sie darf, nein, sie muß hungern, wenn sie von den Kapitalisten aus dem Produktionsprozeß und von der Brünningregierung aus der Erwerbslosenversicherung ausgestoßen wird. Das alles darf sie. Nur wählen darf sie nicht.

Die arbeitende Jugend ist mündig genug, um genau wie die älteren Werktätigen, alle Nöte und Leiden des kapitalistischen Systems auf sich zu nehmen. Aber ihre Meinung über dieses Tollhausystem kann nur durch den Stimmenzettel zum Ausdruck zu bringen — dazu soll sie nicht mündig sein und in Zukunft kein Recht mehr haben.

Aber mündig oder nicht mündig — das alles ist ja nur Geschwätz, um die reaktionären Absichten zu demaskieren, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gestern offen und ehrlich auspricht:

„Alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, haben schließlich das gleiche Interesse, der weiteren Radikalisierung der Wählerschaft durch eine derartige Maßregel entgegenzuwirken.“

Einstmals war das Wahlrecht für die Jugend eine Hauptforderung der Sozialdemokratie; das war auch noch unter den Hohenzollern. Heute hat sich die Sozialdemokratie an die Spitze des Blocks begeben, der den Jungarbeitern und Jungarbeiterinnen das Wahlrecht rauben will. Denn die Sozialdemokratie ist zur Hauptstütze des kapitalistischen Systems geworden, und eben dieses System will die Arbeiterjugend nicht mehr. Damit kommt sie in Massen fort von der Sozialdemokratie zum Kommunismus hin. Und auch die letzten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend werden jetzt den reaktionären Charakter der SPD durchdringen, die das Jungproletariat nicht nur der kapitalistischen Willkür ausliefern, sondern ihm auch noch die letzten Rechte rauben will.

Parteien ohne Jugend sind Parteien ohne Zukunft. Ihr wollt die Stimme der Jugend unterdrücken?

Die Antwort auf den Verrat an ihren Rechten werdet ihr zu spüren bekommen! Die Arbeiterjugend wird sich gegen alle erheben, die sie knebeln wollen. Ob mit oder ohne Stimmenzettel — ihre Kräfte werden der Partei gehören, die den Kampf um die Erringung Rätereichslands aufgenommen hat, einem Rätereichsland, in dem die werktätige Jugend einem solchen Ausgang entgegengesehen wird, wie heute schon die Jugend der Sowjetunion!

Die „Pravda“ zum Ergebnis der Präsidentenwahlen

Moskau, 16. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „Pravda“ gibt in ihrem Leitartikel „Die Präsidentenwahl in Deutschland“ eine glänzende Analyse der politischen Lage, in welcher die äußerst wichtige Wahl vor sich ging. In dem Artikel, auf den wir noch ausführlich zurückkommen, schreibt die „Pravda“ in seinem abschließenden Teil:

„Die Präsidentenwahlen sind noch nicht zu Ende. Hindenburg erhielt 150 000 Stimmen für die absoalte Rechte. Für den 10. April ist der zweite Wahlgang festgesetzt. Die Kommunistische Partei zieht aus dem ersten Wahlgang die Lehren, mit aller Energie die Massen in den zweiten Wahlgang und besonders diejenigen Wahlen für den Preußentag zu führen.

Die politische und taktische Linie der KPD war die einzige, die den Interessen der Arbeiterklasse entsprach. Indem die Kommunisten diese Linie fortsetzen, werden sie noch zusätzlich den Sozialdemokratie als soziale Stütze der Bourgeoisie, die die faschistische Diktatur durchführt, entlarven, indem sie vor den Massen die ganze Geschichte einer liberalen Gegenüberstellung der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten aufstellen und die Politik des „kleineren Uebels“ entkräften werden. Die Kommunisten sind die einzigen würdigen Organisatoren des Kampfes gegen die faschistische Diktatur. Sie stellen sich die Aufgabe, den Massen mit aller Deutlichkeit zu beweisen, daß das Haupthindernis für die Vernichtung des Kapitalismus und im Kampfe gegen die faschistische Diktatur die Sozialdemokratie darstellt.

Die Kommunisten sind sich mit aller Deutlichkeit bewußt, daß nur die Entzägung wirtschaftlicher und politischer Kämpfe unter Führung der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition den breiten Massen zeigt, daß die KPD nicht nur die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse vertreten, sondern daß sie heute bereits die Kraft ist, welche fähig ist, gegen den Angriff der Bourgeoisie auf die Lebensinteressen der Arbeiterklasse Widerstand zu leisten.

Die Massen müssen sich in der Praxis der Kämpfe, die von der KPD geführt werden, davon überzeugen, daß gerade nicht in einer Gegenüberstellung der Nationalsozialisten und der Sozialdemokratie, sondern daß es sich entweder um die Diktatur der Bourgeoisie (welche sowohl Nationalsozialisten als auch Sozialdemokratie einschließt) oder um die Diktatur des Proletariats handelt.

Die Kommunisten sind sich mit aller Deutlichkeit bewußt, daß der Erfolg der Nazis im Dorf und unter den kleinbürgerlichen Schichten der Stadt nur deshalb möglich war, weil die kommunistische Agitation unter diesen Schichten noch vollständig ungenügend war, weil die Kommunisten noch nicht zu einer wichtigen und ernsthaften Arbeit unter diesen Millionenmassen der Werktätigen geschritten sind.

Die Kommunisten sind sich ebenso bewußt, daß das Zurückhalten der hauptfächlichen Rader dieser Wähler durch die Sozialdemokratie im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl ein Zeichen einer ungenügenden Arbeit der Partei bei der Entlarvung des Sozialfascismus, bei der Entlarvung ihrer Vorbereitung des neuen Krieges und der Intervention, bei der Entlarvung der sozialfascistischen Theorie des „kleineren Uebels“ darstellt. Die Kommunisten sind sich bewußt, daß dies ebenso das Resultat der ungenügenden Arbeit der Partei bei der Entzägung der Klassenkämpfe gegen die Diktatur der Bourgeoisie ist. Die Kommunisten halten es nicht für notwendig, ein Geschrei über ihren Erfolg zu erheben. Sie haben keinen Grund, die Bedeutung der fünf Millionen proletarischen Stimmen, die für den Genossen Thälmann, gegen faschistische

Der Hindenburg-Kongress der Bürokraten

Kämpft in Betrieb und Gewerkschaft für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD!

Es gibt zwar in Deutschland für 7 Millionen arbeitsfähige Menschen keine Arbeit, dafür aber um so mehr „Arbeitsbeschaffungsprogramme“. Die ganze Presse ist voll von Mitteilungen und Beiträgen über diese Programme. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen behandeln die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Reichsarbeitsministers, des Reichswirtschaftsrates, des ADGB, des AfA-Bundes und des Internationalen Arbeitsamtes. Der „Krisenkongress“ der Gewerkschaftsbürokraten, der am 23. März sich in Berlin versammelt, hat die Aussage, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder mit Versprechungen über Arbeitsbeschaffung, über die geplante Verbleichung der Löhne und der Erwerbslosenunterstützung zu täuschen.

Es ist nicht von ungefähr, daß die bürgerliche und sozialdemokratische Presse peinlich die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD verschweigt. Jeder Arbeiter, der diese Forderungen kennt, wird sie als seine Anerkennung müssen. Davor zittert aber die Kapitalisteklasse und ihre Lakaien.

Die KPD und die ADGB erklären vor der deutschen Arbeiterklasse offen und eindeutig: Nur ein sozialistisches Rätereich und Brot für alle, das hat das Beispiel der Sowjetunion gezeigt. Zugleich erklärten die KPD und ADGB: Arbeit könnte sofort für viele Hunderttausende Erwerbslose ge-

schaffen werden. Das kann man aber nur durch Kampf erreichen. In den Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD und ADGB heißt es u. a.:

„Den Reichen muß ein „Teilchen“ ihrer Beute genommen werden, damit die Armen ein übriges Stück Brod bekommen. Die Reichen werden aber niemals aus gutem Willen aus dieses „Teilchen“ verzichten. Im Gegenteil, die Reichen und Saiten bieten alles auf, sie mobilisieren alle ihre Mittel, um den Ansturm der hungernden Erwerbslosen zurückzuschlagen. Die sozialfascistische Gewerkschaftsbürokratie leistet den herrschenden Klasse dabei aktive Unterstützung. Die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition sagen euch deutschen Arbeitern: Nur durch Kampf unter revolutionärer Führung, nur durch den gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen kann man die ungewöhnliche Not, das Elend, den Hunger lindern!“

Die KPD und ADGB haben auch konkret Mittel aufgezeigt — das sind viele Milliarden —, die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung aufgebracht werden können.

In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaftsversammlung, auf jeder Stempelstelle behandelt die Arbeitsbeschaffungsforderungen ihres Arbeit und Brod für alle, das hat das Beispiel der KPD und ADGB! Wählt Delegierte zum Krisenkongress des ADGB! Wählt Delegierte zur Berliner ADGB-Konferenz, die am 1. April stattfindet!